

USA UND ISRAEL

Der Nahe Osten blickt nach Washington

Während Bill Clinton eine aktive Nahostpolitik betrieb, wollte sich George Bush eher im Hintergrund halten. Tatsächlich gibt die neue US-Regierung jedoch bei den Verhandlungen den Ton an.



Rede zum Waffenstillstand: Ariel Sharon sprach am Montag vor der "American-Israel Friendship League" in New York. (Foto: Epa)

Das Credo der neuen US-Regierung lautete: einen Nahostvermittler ja, aber keine direkte Beteiligung der Bush-Administration. Das war vor einigen Monaten. Bekräftigt wurde die scheinbar neue Zurückhaltung der USA noch Mitte Mai, als der sogenannte Mitchell-Bericht - gedacht als Grundlage für die Neuaufnahme von Verhandlungen zwischen Palästinensern und Israelis - in den USA vorgestellt wurde. Doch nachdem die Gewalt zu eskalieren schien und es nur der CIA gelang, Palästinenserchef Yassir Arafat und Israels Premier Ariel Sharon zur Unterschrift unter eine Sicherheitsvereinbarung zu zwingen, war auch die Bush-Regierung direkt in die nahöstlichen Ereignisse verwickelt. Plötzlich setzte wieder eine hektische Reisediplomatie auf höchster Ebene ein: diese Woche reiste Ariel Sharon zu George Bush nach Washington, während US-Außenminister Colin Powell sich in die Nahostregion begab.

In der kurzen Geschichte der Nahostpolitik der aktuellen amerikanischen Regierung zeigte sich ein wesentlicher Unterschied zu Clintons Strategie. Dieser hatte zumindest verbal das Prinzip Land gegen Frieden hochgehalten und Arafat als Gesprächs- und Verhandlungspartner neben den israelischen Regierungschefs Rabin, Netanjahu und Barak akzeptiert. US-Präsident Bush dagegen hat signalisiert, dass er kein Interesse hat, Arafat zu begegnen.

Sharon hatte, als er Minister war, der Clinton-Regierung wegen seiner harten Linie, die den USA als kontraproduktiv erschien, sogar als "persona non grata" gegolten. Die Bush-Regierung dagegen sicherte dem neuen israelischen Premier bei dessen Amtsantritt in Washington zu, die USA würden kein regionales Friedensabkommen herbeiführen, das mit Druck auf Israel verknüpft sei. Bush teile Sharons "skeptischen Ansatz mit den Palästinensern", wusste die Washington Post zu berichten.

Luftangriffe wenig Erfolg versprechend

Der Mitchell-Bericht geht auf den Ex-US-Senator George Mitchell aus dem Bundesstaat Maine zurück. Unter seiner Leitung war ein internationales Gremium nach Israel, in die Westbank und nach Gaza zum fact finding gereist. Die Empfehlungen lauten: sofortiges Ende der Gewalt, vertrauensbildende Maßnahmen und Verhandlungen. Ein israelischer Siedlungsstopp und ein palästinensischer Gewaltverzicht sollten dem Mitchell-Bericht zufolge die ersten Schritte sein. Doch die israelische Regierung lehnte, obwohl sie dem Bericht grundsätzlich zustimmte, den Siedlungsstopp ab. Erst müssten die Palästinenser nachweisen, dass sie zu einer Waffenruhe in der Lage seien, hieß es aus Jerusalem. Erst dann sei über einen Waffenstillstand und einen israeli-

schen Gewaltverzicht nachzudenken.

Ein vorübergehendes Einfrieren der Besiedlung palästinensischen Territoriums - eine der Hauptempfehlungen des Mitchell-Berichts an Israel sowie die Hauptforderung der Palästinenser - sei später nicht auszuschließen, hieß es weiter. Doch einem befristeten Stopp von Landnahme und Besiedlung der Westbank und des Gazastreifens stimmte die israelische Regierung erst einmal zu, als George Bush Senior dies vor mehr als zehn Jahren der Regierung in Jerusalem zur Bedingung machte und damit kurz nach dem Golfkrieg den Nahost-Friedensprozess mit einleitete, der in die Osloer Vereinbarungen überging.

Auf palästinensischer Seite ist dagegen an eine friedfertige Stimmung auf den Straßen, wie von Sharon gefordert, nicht zu denken. Der Unmut über die Besatzung ist zu groß, als dass Arafat und seine Sicherheitskräfte in der Lage und willens wären, massiv gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen. Massenverhaftungen von Islamisten der Hamas oder Dschihad Islamis, wie das vor der Al-Aksa-Intifada immer wieder der Fall war, sind heute innenpolitisch nicht durchzusetzen. Ein Äquivalent zu den palästinensischen Hardcore-Extremisten sind auf israelischer Seite die bewaffneten Siedler, als deren Schutzpatron sich Sharon versteht. "Lasst die Armee gewinnen", lautet der Slogan der Sharon-Regierung,

und er macht nicht nur deutlich, dass der militärische Schutz und Selbstschutz der Siedler für die israelische Rechtsregierung Vorrang hat, sondern auch, wohin die Reise für die Palästinenser gehen kann.

Doch nach wie vor setzt die israelische Regierung nicht alle militärischen Mittel ein, die sie zur Verfügung hat. Ein Vorgeschmack darauf, was den Palästinensern blühen könnte, war die Bombardierung des Gaza-Streifens mit amerikanischen Kampfhubschraubern und F16-Kampfflugzeugen - jahrelang von der israelischen Armee erprobt im Kampf gegen die libanesische Hisbollah und viele Male eingesetzt gegen die südlibanesischen Zivilbevölkerung. Doch der Gesichtsverlust, den die Sharon-Regierung durch Luftterror international zu befürchten hätte, ist zu groß. Wahrscheinlich, vermuten Beobachter, ist den israelischen Generälen nach dem Libanon-Desaster deutlich geworden, dass Luftangriffe langfristig nur das Gegenteil bewirken: einen umso entschlosseneren Widerstand.

So sieht die israelische Regierung derzeit von Vergeltungsschlägen à la Libanon ab, und geht stattdessen weiter mit geheimdienstlichen Mitteln gegen islamistische und nicht-islamistische Führer der Al-Aksa-Intifada vor. Die Palästinenser sehen nach mehreren verheerenden Selbstmordattentaten auf israelische Zivilisten im Kernland vor allem wieder die Siedler und die Armee als Angriffsziele. Der außenpolitische Chefkomentator der "New York Times", Thomas Friedman, sieht dieses Jahrzehnt als "eine langandauernde Periode, in der das geringste, das wir erwarten können, in einem Waffenstillstand besteht, aber auch das meiste". Denn: "Arafat kann die israelischen Siedlungen nicht lassen, wo sie sind, und Sharon hat weder die Macht noch den Willen, sie zu entfernen. Sharon kann das Rückkehrrecht der Palästinenser nach Israel nicht akzeptieren, Arafat hat weder die Macht noch den Willen, diese Forderung aufzugeben. Die Welt wird ein hemmungsloses Töten auf beiden Seiten nicht hinnehmen, aber trotzdem nicht intervenieren, um den Konflikt zu lösen. Denn das bedeutete, die politischen Kosten zu zahlen, die die Bush-Regierung und Europa zur Zeit nicht zu zahlen bereit sind."

Nicht einmal von einem "Waffenstillstand" kann zur Zeit die Rede sein, und die amerikanische Regierung ist im Detail bemüht, den "Sicherheits-Arbeitsplan", den CIA-Chef George Tenet durchsetzte, aufrechtzuerhalten. Darin werden die Wiederaufnahme und Vertiefung von Kontakten zwischen den Sicherheitsbehörden auf paläs-

tinensischer wie auf israelischer Seite gefordert. Tenet schlug darüberhinaus eine Pufferzone zwischen Israel und der Westbank sowie die neuerliche Verhaftung von gesuchten Terroristen vor.

Kompliziert wird die Umsetzung des Tenet-Plans durch Forderungen, die beide Seiten aneinander stellen: die Entlassung von palästinensischen Häftlingen, die keine Verbindungen zu Terroranschlägen haben, Rechtsmaßnahmen gegen jüdische Siedler, die gewaltsam gegen Palästinenser vorgehen, die Konfiszierung illegaler Waffen auf palästinensischer Seite, ein Verbot der Produktion von Mörsergranaten, der Einsatz von nicht-tödlichen Waffen gegen Steinwerfer. Diese und weitere Forderungen werden allerdings zur Sprache kommen, wenn US-Außenminister Powell Ende der Woche in die Region reist.

Waffenstillstand als höchste Erwartung

Auf internationaler Ebene spielen die USA den Hauptpart bei der "Vermittlung" von Konflikten und der Durchsetzung von strategischen Aspekten. Der Grund liegt darin, dass die unangefochtene regionale Großmacht Israel in den USA - zu Recht - ihren wichtigsten Verbündeten sieht. Folgerichtig sind die Augen aller beteiligten Nahost-Parteien auf Washington gerichtet, wenn es um Fragen wie Stabilität und Veränderung geht. Die Europäische Union bleibt trotz aller Versuche, diplomatisch und politisch den USA ebenbürtig zu werden, weit abgeschlagen die internationale Nummer 2, wenn es um den Nahen Osten geht. Der Sharon-Regierung unangenehm dürfte dennoch eine Klage werden, die Überlebende des Massakers von Sabra und Schatila in Belgien angestrengt haben. Im September 1982 hatten Angehörige der libanesischen Phalange-Miliz, damals Hauptverbündete Israels, in palästinensischen Flüchtlingslagern gewütet und Hunderte, wenn nicht Tausende von Zivilisten hingschlachtet.

Die beiden Beiruter Lager standen damals unter Kontrolle der israelischen Invasionsarmee - und der Verteidigungsminister hieß Sharon. Auch in den USA werden Sabra und Schatila sowie Sharons Verwicklung Thema. Denn die weltweit größte und in Washington ansässige Menschenrechtsorganisation "Human Rights Watch" hat sich der Forderung angeschlossen, gegen Sharon wegen Kriegsverbrechen zu ermitteln.

Max Böhnelt, New York

Max Böhnelt lebt in New York und berichtet von dort regelmäßig für die WOXX.